

Zähes Warten auf Klarheit

Zu viel Bürokratie, zu wenig Transparenz:
Der Umgang mit der Pandemie belastet die Wirtschaft noch immer.

Henning Wandel

■ **Kreis Minden-Lübbecke.** Impfkampagne, 3G-Regeln oder Luftfilter – mitten in der vierten Coronawelle sind noch immer viele Fragen ungeklärt. Doch während der Zugang zum Restaurant oder der Schulbesuch zumindest halbwegs geregelt zu sein scheint, fühlen sich nicht wenige Wirtschaftsvertreter von der Politik alleingelassen. Dabei könnte es so einfach sein, sagt Robert Falch. Der Geschäftsführer des Mindener Familienunternehmens Minda ist auch Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke (AGV) und vertritt damit die Interessen von 165 Unternehmen mit mehr als 30.000 Arbeitsplätzen. Er wünscht sich nicht nur in der Pandemie eine klare und transparente Strategie: „Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen, aber er delegiert die Verantwortung an die Unternehmen.“

Minda steht dabei exemplarisch für viele andere. Neben dem Mindener Hauptsitz gibt es Standorte in Stadthagen und Tangermünde. Es gibt also

neben bundesweiten Corona-Regelungen gleich drei unterschiedliche Landesverordnungen – mit teils widersprüchlichen Informationen, wie Falch sagt. Dazu kommt im Fall Minda das wichtige Auslandsgeschäft: Mindener Monteure sind praktisch weltweit unterwegs, um Maschinen aufzubauen oder zu warten. Also müssen auch die jeweiligen Reisebestimmungen im Blick bleiben.

Darum kümmert sich bei Minda Martina Korte. Sie ist eigentlich die Assistenz der Geschäftsleitung, aktuell aber benötigt sie etwa drei Viertel ihrer Arbeitszeit, um die Abläufe coronakonform zu halten. Die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Kreises lobt sie ausdrücklich, der Kontakt sei schon sehr früh entstanden und während der Pandemie nie abgerissen. Dennoch: Wenn Landesverordnungen am Freitagnachmittag veröffentlicht würden, bleibe zu wenig Zeit, die Vorgaben über das Wochenende zum Arbeitsbeginn am Montag umzusetzen und alle Mitarbeiter entsprechend zu informieren. Ähnliche Klagen waren in der Ver-

gangenheit auch von Schulvertretern immer wieder zu hören.

Die von Falch angesprochene Widersprüchlichkeit wird am Beispiel der Teststrategie besonders augenfällig. Die Mitarbeiter müssten regelmäßig getestet werden, es sei denn, es gibt ein entsprechendes Hygienekonzept.

Der Betrieb darf den Impfstatus nicht abfragen

Die in der Gastronomie oder bei Veranstaltungen gängige 3G-Regelung scheidet in Unternehmen aber aus, weil der Betrieb den Impfstatus seiner Mitarbeiter nicht abfragen darf. Auch wenn kaum jemand ein Geheimnis um seinen Impfstatus macht, ändert sich daran nichts. Die Betriebe müssen also weiter testen. Und das voraussichtlich über den Oktober hinaus. Arbeitgebervertreter Robert Falch ist verärgert, weil damit erneut eine öffentliche Aufgabe auf die Wirtschaft verlagert wird. Wenn es ab Mitte Oktober wie geplant keine kostenfreien

Bürgertests mehr gibt, zahlen die Unternehmen weiter für die Tests ihrer Mitarbeiter.

„Die Bürokratie schmerzt uns sehr“, sagt der AGV-Vorsitzende Falch, „und Corona hat die Verordnungswütigkeit extrem beschleunigt.“ Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl spricht sich der Arbeitgeberverband dann auch ganz offiziell für politische Weichenstellungen aus. In einer Erklärung wird der Wahlkampf scharf kritisiert: Anstatt um wichtige Zukunftsfragen gehe es um Nebensächlichkeiten.

Von der nächsten Bundesregierung fordern die Wirtschaftsvertreter Weichenstellungen etwa beim Ausbau der Infrastruktur, in der Bildungs- und Zuwanderungspolitik oder beim Abbau bürokratischer Hürden. Auch die Steuer- und Abgabenlast müsse minimiert werden, heißt es in der Erklärung. Gemeint sind vor allem die Sozialversicherungsbeiträge: „In der bisherigen Systematik ist es in Anbetracht der demografischen Entwicklung völlig unausweichlich, dass die Abgaben zur Rentenversicherung, zur Kran-

kenversicherung und zur Pflegeversicherung immer weiter steigen werden.“

Dabei geht es nicht primär um Steuersenkungen, sondern um ein einfacheres Steuerrecht. „Wir machen gerne Gewinne und zahlen gerne Steuern“, sagt auch Robert Falch im Gespräch. „Aber wir wollen wirtschaften können.“ Ähnlich äußern sich andere Mitglieder des AGV-Vorstandes, wie Harting-Personalvorstand Michael Pütz: Die soziale Marktwirtschaft beruhe auf dem Gedanken, Freiheiten nur dort zu beschränken, wo es zwingend erforderlich sei. „Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis droht, ins Gegenteil verkehrt zu werden.“ Auch Henrik Follmann, Gesellschafter von Follmann-Chemie, sieht den Wirtschaftsstandort in Gefahr. Jetzt müssten die Rahmenbedingungen geschaffen werden, klimafreundliche und innovative Industrien in Deutschland zu halten: „Sonst werden uns in Zukunft die Lösungen ausgehen und der Impfstoff für die nächste Pandemie sicher nicht mehr in Deutschland entwickelt und produziert werden.“